



Kathrin Ganz, Bertold Scharf

Es bleibt kompliziert: Identitätskritik und Betroffenenperspektive in den Disability und Gender Studies

Zusammenfassung

Die Disability Studies stehen, ähnlich wie die Gender- und Queer-Studies, unter dem ständigen Verdacht, unwissenschaftlich zu sein. In öffentlichen Debatten bezieht sich die Kritik derzeit vor allem auf eine vermeintlich anti-liberale, identitätspolitische ‚woke cancel culture‘, die angeblich in den Studiengängen und in der Forschung betrieben wird. Diese Kritik kommt sowohl von rechts als auch von links und speist sich aus unterschiedlichen Motivationen. In der Regel wird dabei verschwiegen, dass der Identitätsbegriff der kritisierten Forschungsansätze in einem produktiven Spannungsfeld von Identitätspolitik und -kritik steht. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag beim Zentrum für Disability Studies in Hamburg im Herbst 2022 und soll ein erster Anstoß für eine Debatte in den Disability Studies sein.

Schlüsselwörter: Identitätspolitik; Aktivismus; Wissenschaft

It is still complicated: Identity Critique and the Perspective of the Affected in Disability and Gender Studies

Abstract in English

Disability Studies, like Gender and Queer Studies, are constantly suspected of being unscientific. In public debates, criticism is currently directed primarily at an allegedly anti-liberal, identity-political ‚woke cancel culture‘ that is said to be practiced in the study programs and research. This criticism comes from both the right and the left and is fed by different motivations. It is generally ignored that the concept of identity of the criticized research approaches stands in a productive field of tension between identity politics and identity critique. This article is based on a lecture given at the Zentrum für Disability Studies in Hamburg in the fall of 2022 and is intended as a first impulse for a debate in disability studies.

Keywords: identity politics; activism; academia

1. Einleitung

„Woke cancel culture“ ist zu einem Kernbegriff des Kulturkampfes geworden. Die Angst vor einer Zensur durch Minderheiten, die Adrian Daub treffend als eine „Moralpanik“ beschreibt, hat sich zum Exportschlager entwickelt (Daub, 2022). Während der Kampf gegen „Wokeness“ in der Republikanischen Partei in den USA eines der wichtigsten Kriterien für die Bewertung von Kandidat*innen ist, sprechen deutsche Politiker*innen wie Friedrich Merz von „woker cancel culture“ als „größter Bedrohung der Meinungsfreiheit in Deutschland“ (Schneider, 2022) und warnen, wie Sahra Wagenknecht, vor der Identitätspolitik „radikaler Minderheiten“ (May, 2021). Im Fokus stehen dabei vor allem Anti-Rassist*innen, Feminist*innen und Queers, aber immer auch wissenschaftliche Ansätze, die damit in Verbindung gebracht werden, wie die Critical Race Theory (exemplarisch Joffe, 2022), Gender Studies, Queer Studies und Intersectionality Studies (Hark & Villa, 2015), oder zusammengefasst: von sozialen Bewegungen und poststrukturalistischen Theorien geprägte Forschungsrichtungen, die sich kritisch mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen auseinandersetzen. Aktivist*innen des Disability Movements und die Disability Studies bekommen bislang noch wenig Aufmerksamkeit von den anti-„woken“ Kulturkämpfer*innen. Sie sind aber, so unsere These, mitgemeint, denn es geht dabei um Themen, die auch die Disability Studies beschäftigen: Identitätspolitik, die Rolle von Betroffenen und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik.

Wenn wir uns im Folgenden mit einigen Kritikpunkten von konservativen und rechten, aber auch linken und liberalen Stimmen beschäftigen, zeigt sich, dass diese ein undifferenziertes Bild zeichnen, das mit unzulässigen Verkürzungen und Mythen arbeitet. Dabei wird wenig Verständnis für die inhärenten Widersprüche gezeigt, die die politische und wissenschaftliche Beschäftigung mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen notwendigerweise auszeichnet. Der vorliegende Debattenbeitrag will dem ein differenziertes Bild entgegenstellen, das die Ambiguitäten von Identität, Erkenntnisstandpunkten und dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik ernstnimmt.

2. Kritiken an Wokeness, Identitätspolitik und Poststrukturalismus

Die öffentliche Auseinandersetzung mit Gender und Queer Studies, Critical Race Theory und zunehmend auch Disability Studies ist erstaunlich intensiv. Waren diese Stichworte noch vor wenigen Jahren nur gelegentlich im Feuilleton sowie in obskuren Männerrechts-Internetforen Thema (Hark & Villa, 2015, S. 20–25; Drüeke & Klaus, 2014), ist mittlerweile immer öfter von „postmodernen“ bzw. „poststrukturalistischen Strömungen“ und „Identitätspolitikern“ die Rede. Aus unterschiedlichen politischen Lagern wird eine von linken, akademisch-aktivistischen Kreisen ausgehende Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgemacht. Entsprechend unterscheidet sich auch das, was genau als Problem adressiert wird, wie die folgenden Beispiele zeigen.

2017 erschien im Berliner Querverlag der von Patsy l'Amour laLove herausgegebene Sammelband „Beißreflexe“, der vor allem in linken Öffentlichkeiten intensiv rezipiert wurde. Die zum Teil polemisch geschriebenen Beiträge in diesem Band beschäftigen sich unter anderem mit Konflikten in queer-feministischen Szeneräumen. Die Autor*innen kritisieren etwa einen „Aktivismus, in dem sich autoritäre Sehnsüchte durch Sprech-, Denk- oder Bekleidungsverbote ausdrücken“ (l'Amour laLove, 2017, S. 9) sowie eine Fetischisierung von Identität (Linkerhand, 2017, S. 53). Die Gefahr, die von den Autor*innen von „Beißreflexe“ gezeichnet wird, besteht also darin, dass wichtige innerlinke Diskurse vor dem Hintergrund sich autoritär artikulierender Identitätspolitikern nicht mehr geführt werden könnten.

Demgegenüber adressiert unser zweites Beispiel, „Cynical Theories“ von Helen Pluckrose und James Lindsey (2020), nicht primär das politische Feld, sondern kritisiert dezidiert wissenschaftliche Strömungen. Ausgehend von einer Lektüre von Primärtexten beispielsweise des Poststrukturalismus, der Queer Theory und der Intersektionalität warnen die Autor*innen vor einer „dogmatischen, fundamentalistischen Ideologie“ (Pluckrose & Lindsey, 2020, S. 12, Übersetzung K.G. & B.S.). Dabei geraten auch die Disability Studies in den Fokus der Kritik. Für Pluckrose und Lindsey, die sich als Vertreter*innen einer liberalen,

humanistischen und universalistischen Wissenschaft positionieren, sind die Disability Studies ein Feld der Anwendung postmoderner Theorie, auf dem aus einem legitimen, humanistischen Anliegen – Rechte und Repräsentation für behinderte Menschen – fehlgeleitete Identitätspolitik wird. Ihre Kritik zielt unter anderem darauf ab, dass die Disability Studies behinderte Menschen auf unethische Weise drängen würden, eine „positive Identität“ zu entwickeln und sie so davon abhalten würden, medizinische Lösungen zu nutzen. Wie auch anderen poststrukturalistischen Theorien wird den Disability Studies unterstellt, sich „obsessiv mit Identität und Positionalität“ (Pluckrose & Lindsey, 2020, S. 184, Übersetzung K.G. & B.S.) zu beschäftigen. Einst legitime Forderungen der Behindertenbewegung seien durch den Einfluss des Poststrukturalismus seit den 1980er-Jahren radikalisiert worden, mit der Folge, dass die Disability Studies heute die „objektiven, realen Konsequenzen von Behinderung und Übergewichtigkeit“ – kurzum, „die Realität“ verleugnen würden (Pluckrose & Lindsey, 2020, S. 185, Übersetzung K.G. & B.S.).

Neben solchen sich als links beziehungsweise liberal verortenden Positionen begegnen uns zahlreiche konservative Stimmen, die sich stark an diesen Themen abarbeiten, von Beiträgen in konservativen Leitmedien über die Stimmungsmache gegen das ‚Gendern‘ durch CDU-Politiker*innen bis hin zum ‚Netzwerk Wissenschaftsfreiheit e.V.‘, das sich gegen eine angeblich grassierende ‚Cancel Culture‘ an deutschen Hochschulen positioniert (z.B. Neue Zürcher Zeitung, o.J.; Boie, 2021). Und auch für nationalistische, völkische, fundamentalistische und (neo-)faschistische politische Strömungen von der AfD über die Politiker*innen Orban und Meloni bis Bolsonaro, Putin und Trump sind Gender und Queer Studies, Critical Race Theory, LGBTIQ-Politiken und Feminismus bekanntermaßen explizite Feindbilder. Als machtkritische Wissenschaften symbolisieren diese aus Sicht der genannten konservativen und rechten Strömungen eine Gefahr für die sogenannte traditionelle Familie und damit für die Nation.

Trotz aller Unterschiede zwischen diesen linken bis rechten Positionen ist ihnen gemein, dass sie in ihrer Kritik an der ‚postmodernen‘ oder poststrukturalistischen Theorie die Identitätspolitik in den Mittelpunkt stellen. Dies ist aus unserer Sicht bemerkenswert, denn der Poststrukturalismus hat ein deutlich komplizierteres Verhältnis zu Identität, als es in diesen Diskursen dargestellt wird. Poststrukturalistisch inspirierte Strömungen wie die Queer Theory oder die Crip Theory sind dezidiert identitätskritisch (Bruhn & Hohmann, 2022; Maskos, 2022). Im Folgenden werden wir das Verhältnis von Identitätspolitik und Identitätskritik näher beleuchten.

3. Identitätspolitik und Identitätskritik

(Linke) Identitätspolitik ist von ihrem Anbeginn an widersprüchlicher gewesen, als im gesellschaftlichen Diskurs häufig wahrgenommen wird. Die ‚Erfindung‘ des Begriffes ‚identity politics‘ wird dem Combahee River Collective zugeschrieben, das 1977 ‚A Black Feminist Statement‘ veröffentlichte, in dem sie festhalten: „We believe that the most profound and potentially most radical politics come directly out of our own identity, as opposed to working to end somebody else's oppression“ (The Combahee River Collective, 2015). Das Combahee River Collective macht die Identität Schwarzer Feminist*innen und Lesben zum Ausgangspunkt seines revolutionären Kampfes gegen Unterdrückung. Es kritisiert Ausschlüsse durch sowohl die Frauen- als auch die Schwarze Bürgerrechtsbewegung, wendet sich zugleich aber auch gegen lesbischen Separatismus und reaktionären biologischen Determinismus. Dieser Klassiker des Schwarzen Feminismus liefert bis heute wichtige Argumente für die Auseinandersetzung mit dem Spannungsverhältnis von Universalismus und Partikularismus, in dem Identitätspolitik notwendigerweise steht. Darüber hinaus adressiert das Statement eine Frage, die aus unserer Sicht den Kern der Debatte um Identitätspolitik der letzten Jahre ausmacht: Leitet sich aus der gesellschaftlichen Positionierung ein privilegierter Erkenntnisstandpunkt ab, und wenn ja, welche Konsequenzen hat das?

Die Auseinandersetzung mit Ambivalenzen und Widersprüchen war, wie wir am Beispiel des Combahee River Collective gezeigt haben, von Anfang an, ein wichtiger Teil, sowohl für politisch-aktivistischer als auch wissenschaftliche Beschäftigung mit Identitätspolitik. Dies gilt auch für queere Politiken und Theorien, die sich als dezidiert antikategorial verstehen lassen, also Identität radikal infrage stellen. Queere Bewegungen

kritisieren nicht nur gesellschaftlich dominante heteronormative und biologistische Vorstellungen, sondern auch eine auf Anerkennung und Normalisierung abzielende Politik von Teilen der Schwulen- und Lesbenbewegung und die damit einhergehenden Ausschlüsse von beispielsweise Trans*-Personen aus diesen Bewegungen. Queer Theory reflektiert diese Ausschlüsse und versucht deshalb eindeutige Kategorisierungen zu vermeiden (Englert et al., 2009, S. 16).

Auch in den Disability Studies gibt es diese antikategoriale Bewegung, die Behinderung nicht als biologische Tatsache, sondern als gesellschaftlich konstruierte Kategorie sieht. Die Disability Studies kritisieren die auf ein Defizit im Individuum zielenden, rein biologischen oder medizinischen Perspektiven auf Behinderung und betonen die gesellschaftlichen Ursachen für die Behinderung von Menschen. Umstritten ist in den Disability Studies aber, inwieweit dennoch von einem unhintergehbaren Körper gesprochen werden muss, ein Körper, der durchaus Schmerzen haben kann (ausführlich thematisiert in Ausgabe 01/2023 der ZDS). Weder die Queer Studies noch die Disability Studies verfügen also über einen einfachen Identitätsbegriff, sondern sie setzen sich kritisch damit auseinander, wie Identitätskategorien gesellschaftlich gemacht werden.

4. Objektivitätskritik und privilegierte Erkenntnisstandpunkte

Ein Argument, das regelmäßig gegen poststrukturalistische Theorien angeführt wird, ist die Befürchtung, dass Wissenschaftlichkeit und Ergebnisoffenheit dort nicht gewährleistet seien, da diese sich an politischen Maßstäben statt an wissenschaftlichen Standards orientieren würden. Tatsächlich ist die kritische Beschäftigung mit wissenschaftlicher Objektivität und Neutralität ein wichtiger Ausgangspunkt in diesen Feldern. Die feministischen Gender Studies, die Queer Theory, die Critical Race Theory und auch die Disability Studies haben viel Energie darauf verwendet, nachzuweisen, dass die vorgeblich stets objektiv, neutral und rational agierende Wissenschaft von einigen unbewussten Vorannahmen geleitet ist, sie häufig von einem weißen, männlichen, nichtbehinderten Subjekt ausgeht und diese Vorgehensweise auch die Ergebnisse beeinflusst. Doch lässt sich im Umkehrschluss daraus ableiten, dass der gesellschaftlich marginalisierte, von Unterdrückung ‚betroffene‘ Standpunkt ein privilegierter Erkenntnisstandpunkt ist, und zwar nicht nur in Bezug auf politisch-aktivistische Arbeit, sondern auch, wenn es um wissenschaftliche Analysen geht?

Auch diese Frage ist seit langem umstritten. Donna Haraway hat bereits 1988 sowohl vor dem Wissenschaftsverständnis des ‚gottähnlichen‘, vermeintlich standortlosen Objektivismus als auch vor einem standortgebundenen Relativismus gewarnt und mit ihrem Konzept des „situierten Wissens“ einen Vorschlag zur Verständigung über eine Objektivität gemacht, die Standortgebundenheit mitdenkt (Haraway, 1996). In den letzten Jahren hat etwa die Soziologin Paula-Irene Villa eine Kritik an dem von ihr so bezeichneten „positionalen Fundamentalismus“ formuliert, der davon ausgeht, dass der politische Standpunkt einer Person durch ihre gesellschaftliche Verortung als Frau, Person of Color, christlich, behindert usw. determiniert sei (Villa & Speck, 2020, S. 15). Auch hier bleibt es kompliziert, denn wer davon ausgeht, dass der Erkenntnisstandpunkt sowie eine daraus möglicherweise resultierende politische Haltung in erster Linie aus der (Nicht-) Betroffenheit abzuleiten sind, wird relativ schnell die Erfahrung machen, dass auch die Positionen von ähnlich verorteten Personen sehr unterschiedlich sein können. Wer dagegen auf einen neutralen Standpunkt baut, übersieht die Standortgebundenheit der eigenen Position und kann diese auch nicht reflektieren.

Trotz Dekonstruktion von Identitäten und der Kritik an positionalen Fundamentalismen bleiben partielle Perspektiven zentral für die wissenschaftliche Erkenntnis. Nicht nur Angehörige marginalisierter Gruppen sind in der Lage, Herrschaftsverhältnisse zu erkennen. Aber für sie macht eine andere Sichtweise eben häufig auch einen Unterschied in ihrem alltäglichen Leben und ist damit mehr als nur ein hilfreiches Tool für eine bessere, weil vollständigere Sicht auf die Wirklichkeit. Zudem sind Wissenschaft, aber auch Politik und Gesellschaft bis heute immer noch von nichtbehinderten, weißen, heterosexuellen Männern dominiert. Eine Beteiligung benachteiligter Gruppen an Forschung und Lehre – auch und vor allem bei der Entwicklung von Themen und in verantwortlicher Position – ist deswegen geboten, um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken.

5. Wissenschaft und Politik

Die Frage nach dem erkenntnistheoretischen Stellenwert und der politischen Bedeutung der Betroffenenperspektive hängt eng mit der Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik zusammen, die ihrerseits nicht einfach zu beantworten und von Widersprüchen durchzogen ist. In den aktuellen Debatten, prominent etwa bei Pluckrose und Lindsey (2020), wird poststrukturalistisch geprägten Forschungsansätzen oftmals vorgeworfen, dass sie die Prinzipien der Wissenschaft den politischen Zwecken unterwerfen. Das ist allein schon deshalb bemerkenswert, weil dagegen marxistische Kritiker*innen dem Poststrukturalismus lange vorgeworfen haben, er würde nur die neoliberalen Individualisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte befeuern – und damit politisch „zahnlos“ (Scholz, 2017) sein. Mit dem Vorwurf, zu viel Politik in die Wissenschaft zu tragen, sehen sich Marxismus und Poststrukturalismus heute in gleichem Maße konfrontiert.

Es lässt sich nicht leugnen, dass viele Vertreter*innen etwa der Gender Studies oder der Disability Studies ihre Forschung mit einem politischen Anspruch verbinden. „Ein emanzipatorisch-aufklärerisches Ziel zu verfolgen, steht“, wie jüngst auch der Wissenschaftsrat noch einmal festgehalten hat, „keineswegs im Widerspruch zum Status als Wissenschaft im Sinne einer methodisch kontrollierten und intersubjektiv nachprüfbaren Erkenntnissuche“ (Wissenschaftsrat, 2023, S. 25–26; Habermas, 1985). Im Gegenteil: Es ist eine Stärke, das Politische der Wissenschaft transparent zu machen, denn wie Mai-Anh Boger argumentiert, gibt es unpolitische Wissenschaft ohnehin nur dem Anschein nach. Es sind „die politischen Bedingungen, die bestimmen, welche Aussagen in einer gegebenen Zeit politisches Gewicht haben“ (Boger, 2018, S. 68). Zugleich aber folgen Wissenschaft und Politik unterschiedlichen Logiken, und auch dies muss reflektiert werden. Wissenschaft zielt darauf ab, Wissen zu generieren. Wissenschaft ist an Reflexion und Ergebnisoffenheit orientiert, verfügt über Methoden und folgt forschungsethischen Normen, die den wissenschaftlichen Austausch regulieren. In dieser Hinsicht unterscheiden sich wissenschaftliche Debatten von politischen Debatten (Villa & Speck, 2020).

In der Praxis ist die Grenzbestimmung zwischen dem Feld der Wissenschaft und dem Feld der Politik nicht einfach. Dies zeigt sich deutlich im Zusammenhang mit der in letzter Zeit angeblich grassierenden ‚Cancel Culture‘ an deutschen Hochschulen (Villa et al., 2021). In dieser Diskussion kommt einiges zusammen: Wie politisch darf/muss Wissenschaft sein? Wer darf/soll/muss über bestimmte Themen sprechen – also die Frage der Betroffenenperspektive? Wer hat Ressourcen und für wen sind welche Mittel der Auseinandersetzung legitim? Die als ‚Cancel Culture‘ kritisierten Ereignisse gehen oftmals von Studierenden aus, die auf diese Weise auch normative Ansprüche an die Hochschule zum Ausdruck bringen. Und zwar zu Recht: Studierende dürfen und sollen Ansprüche an ihr Studium stellen. Lehrende und Institutionen müssen diese einerseits anerkennen, andererseits aber auch Prinzipien der Wissenschaft hochhalten. Wissenschaft wird hier zum Ort einer politischen Auseinandersetzung mit unscharfen Grenzen, die permanent ausgehandelt werden müssen.

6. Was auf dem Spiel steht

Wenn es um das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, um Betroffenenperspektiven in der Wissenschaft und um Identitätspolitik und -kritik geht, haben wir es mit komplexen, von Widersprüchen durchzogenen Fragen zu tun, die aus gutem Grund seit vielen Jahren kontrovers verhandelt werden. In der aktuellen öffentlichen Auseinandersetzung wird dies weitestgehend ignoriert. Es hilft jedoch wenig, die hier betriebene Mythenbildung rund um identitätspolitisch motivierte ‚wokeness‘ zu ignorieren. Die ständige Wiederholung solcher Mythen erzeugt die Wahrnehmung, diese seien real. Deshalb ist es wichtig, immer wieder auf grassierende Mythen hinzuweisen: Denn auch wenn poststrukturalistische Theoretiker*innen einen fundamentalen Perspektivwechsel etwa auf Geschlecht, Sexualität oder Behinderung einfordern, sind sie nicht „fundamentalistisch“ (Pluckrose & Lindsey, 2020, S. 12), wie Kritiker*innen häufig behaupten.

Politisch steht viel auf dem Spiel: Es geht um Wissenschaftsfreiheit, die Errungenschaften von sozialen Bewegungen und um Menschenrechte. Das zeigt die real existierende Cancel Culture, wie zum Beispiel die Zensur rassismuskritischer und LGBTI-Literatur in amerikanischen Schulbibliotheken (Friedman & Johnson, 2022) und der Backlash gegen Trans*-Rechte in vielen US-Bundesstaaten (Nagourney & Peters, 2023).

In den eingangs dargestellten, zum Teil polemischen, zum Teil wissenschaftsfeindlichen Auseinandersetzungen mit poststrukturalistischen Ansätzen werden Themen verhandelt, die auch im wissenschaftlichen Raum, innerhalb der diversen ‚Studies‘ und in politischen Zusammenhängen diskutiert werden. Die dargelegte Diskussion der letzten Jahre sollte uns daran erinnern, wie wichtig es ist, eine gute Diskussionskultur zu pflegen, sowohl in der Wissenschaft als auch in politischen Räumen. Dazu gehört, eine gewisse Fehlerfreundlichkeit zuzulassen und nicht gleich zuzubeißen, aber auch, sich nicht gegen Kritik zu immunisieren, indem man sie gleich als fundamentalistisch brandmarkt. Differenzierte Debatten und eine gewisse Ambiguitätstoleranz führen aus unserer Sicht weiter als ein manichäisches, binäres Denken aus dem Wunsch heraus, immer klar Position zu beziehen. Wichtig ist außerdem, mit Forschungsergebnissen in die Öffentlichkeit zu gehen. Denn auch wenn man dezidierte Gegner*innen nicht überzeugen wird, sollte man ihnen nicht die Deutungshoheit über die Inhalte gesellschaftskritischer Forschungsrichtungen überlassen.

Mit der Ausnahme von Pluckrose und Lindsey (2020) richten sich die Angriffe unserer Wahrnehmung nach bislang kaum explizit an die Disability Studies. Es lässt sich nur spekulieren, woran das liegt. Sind die Disability Studies noch zu marginal, zu unbedrohlich? Liegt es daran, dass behinderte Menschen nicht als politisch handlungsfähige Subjekte wahrgenommen werden? Wird sich dies ändern, sobald mehr Betroffene in Machtpositionen, etwa in der Wissenschaft, sichtbar sind? Vielleicht ist das nur eine Frage der Zeit. Die oben zitierten Stellen aus dem Buch von Pluckrose und Lindsey (2020) zeigen, dass durchaus auch die Disability Studies in den Strudel der Kritik gezogen werden, was ihre Chancen auf eine weitere Verankerung und Förderung negativ beeinflussen könnte.

Literatur

- Boger, M.-A. (2018). Das Politische und die Politik der Inklusionsforschung. In M. Walm, T. H. Häcker, F. Radisch, & A. Krüger (Hrsg.), *Empirisch-pädagogische Forschung in inklusiven Zeiten: Konzeptualisierung, Professionalisierung, Systementwicklung* (S. 64–75). Verlag Julius Klinkhardt.
- Boie, J. (2021, 27. März). *Die Identitätspolitik bedroht unsere freie Gesellschaft*. Welt Online. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article229277969/Einteilung-in-Menschengruppen-Identitaetspolitik-bedroht-unsere-freie-Gesellschaft.html>
- Bruhn, L. & Homann, J. (2022). Sprecher*innenpositionen: Wer darf, kann und soll Disability Studies betreiben?. In A. Waldschmidt (Hrsg.), *Handbuch Disability Studies* (S. 501–516). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18925-3_29
- Daub, A. (2022). *Cancel Culture Transfer. Wie eine moralische Panik die Welt erfasst*. Suhrkamp.
- Drüeke, R. & Klaus E. (2014). Öffentlichkeiten im Internet. Zwischen Feminismus und Antifeminismus. *Femina Politica*, 23(2), 59–70.
- Englert, K., Ganz, K., Hutsch, M. M. A., Köster-Eiserfunke, A., Mackert, N., & Scharf, B. (2009). Einleitung. In AG Queer Studies (Hrsg.), *Verqueerte Verhältnisse: Intersektionale, ökonomiekritische und strategische Interventionen* (S. 9–38). Männerschwarm Verlag.
- Friedman, J. & Johnson, N. F. (2022). Banned in the USA: The Growing Movement to Censor Books in Schools. PEN America. <https://pen.org/report/banned-usa-growing-movement-to-censor-books-in-schools/>

- Habermas, J. (1985). *Erkenntnis und Interesse* (8. Aufl.). Suhrkamp.
- Haraway, D. (1996). Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage und das Privileg einer partialen Perspektive. In E. Scheich (Hrsg.), *Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie* (S. 217–248). Hamburger Edition.
- Hark, S. & Villa, P.-I. (2015). „Eine Frage an und für unsere Zeit“. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 15–39). transcript.
- Joffe, J. (2022, 21. März). *Wokeness als Wahn – in San Francisco wächst der Widerstand gegen die neue Gegenaufklärung namens „Critical Race Theory“*. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/feuilleton/abgruende-der-critical-race-theory-ld.1675061>
- l'Amour laLove, P. (2017). Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten. In P. l'Amour laLove (Hrsg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten* (S. 16–43). Querverlag.
- Linkerhand, K. (2017). Treffpunkt im Unendlichen. Das Problem mit der Identität. In P. l'Amour laLove (Hrsg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten* (S. 52–69). Querverlag.
- Maskos, R. (2022). Identität und Identitätspolitik: Welche Bedeutung haben sie für behinderte Menschen? In A. Waldschmidt (Hrsg.), *Handbuch Disability Studies* (S. 485-499). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18925-3_28
- May, P. (2021, 14. April). *Wagenknecht (Linke) zur Debatte um Identitätspolitik. „Diskussionen über Sprachverbote führen an den Problemen vorbei“* [Radiobeitrag]. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/wagenknecht-linke-zur-debatte-um-identitaetspolitik-100.html>
- Nagourney, A. & Peters, J. W. (2023, 16. April). *How a Campaign Against Transgender Rights Mobilized Conservatives*. New York Times. <https://www.nytimes.com/2023/04/16/us/politics/transgender-conservative-campaign.html>
- Neue Zürcher Zeitung (o.J.). *Thema Cancel-Culture*. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/themen/cancelculture>
- Pluckrose, H. & Lindsey, J. (2020). *Cynical Theories*. Pitchstone Publishing.
- Schneider, A. (2022, 27. Juli). „Linke Aktivisten gehen gegen völlig legitime Meinungen vor“. WELT. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240107053/CDU-Chef-Friedrich-Merz-Linke-Aktivisten-gehen-gegen-voellig-legitime-Meinungen-vor.html>
- Scholz, R. (2017). Der Hass auf Frauen nimmt wieder zu. *Konkret*, 3/2017. <https://www.exit-online.org/link.php?tabelle=aktuelles&posnr=667>
- The Combahee River Collective (2015). *The Combahee River Collective Statement*. Web Archives. Library of Congress. <https://www.loc.gov/item/lcwaN0028151/>
- Villa, P.-I., Traunmüller, R. & Revers, M. (2021). Lässt sich „Cancel Culture“ empirisch belegen? Impulse für eine pluralistische Fachdebatte. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 46/2021, 26–33. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wissenschaftsfreiheit-2021/343228/laesst-sich-cancel-culture-empirisch-belegen/>
- Villa, P.-I. & Speck, S. (2020). Das Unbehagen mit den Gender Studies. Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. *Open Gender Journal*, 4, 1–26. <https://doi.org/10.17169/ogj.2020.141>

Wissenschaftsrat (2023). *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland*. <https://doi.org/10.57674/9Z3K-1Y81>

ZDS – Zeitschrift für Disability Studies (2023, Februar). Körper – Konzepte, Relationen & gesellschaftliche Verhältnisse. *Zeitschrift für Disability Studies*. https://doi.org/10.15203/ZDS_2023_1.01

Zu den Autorinnen

Dr. Kathrin Ganz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt GenderOpen am Margherita-von-Brentano-Zentrum der Freien Universität Berlin und Redaktionsleitung bei der Zeitschrift Open Gender Journal. Sie hat an der Universität Hamburg Politikwissenschaft, Soziologie und Gender und Queer Studies studiert, wurde an der TU Hamburg promoviert und war viele Jahre in der AG Queer Studies aktiv.

E-Mail: kathrin.ganz@fu-berlin.de

Homepage: www.kathringanz.de

Bertold Scharf ist wissenschaftlicher Angestellter im Projekt „Digitale Barrierefreiheit im Arbeitsleben durch partizipative Evaluation“ am Institut für digitale Teilhabe der Hochschule Bremen und Vorstandsmitglied im Verein „Disability Studies Deutschland e.V.“. Er hat an den Universitäten München und Hamburg Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Gender und Queer Studies studiert und seine Dissertation an der Uni Kiel zum Thema „Behinderte Leistung? Problematisierungen von Arbeit und Behinderung in der DDR“ geschrieben.

E-Mail: bertold-peter.scharf@hs-bremen.de

Homepage: <https://www.hs-bremen.de/person/bscharf/>